

I. Freiheit und Verantwortung

Der kritisch-loyale Bürger

AXEL KOLLECKER

Bombenterror in der Bundesrepublik läßt viele Bürger an diesem Staat in Zweifel geraten; wohlgerichtet am Staat, nicht an der Regierung oder den Regierungsparteien. Viele Bürger neigen dazu, die Ereignisse zu dramatisieren. Bei den „Bitburger Gesprächen“ an diesem Wochenende ging es zwar nicht vordergründig um anarchistische Tendenzen der Gegenwart, sondern im Hotel am neuen Stausee versuchten Justizminister, Juristen und Professoren, Gerichtspräsidenten und Publizisten ein Konzept für die „Vorwärtsverteidigung zur Bewahrung der Funktionstüchtigkeit des freiheitlich-demokratischen Staates“ — wie es Initiator Justizminister Otto Theisen nannte — zu finden. Diese rechtspolitische Tagung, die sich zu einer Serie entwickeln soll, stand natürlich mehrfach im Schatten der Bombendrohungen, die gegenwärtig die Bundesrepublik verunsichern. Nur so ist allzu verständlich, daß CDU-Bundestagsabgeordneter Friedrich Vogel von einem „über die Runden kommen“ sprach und daß u. a. der Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Dr. Josef Adams, nach der stärkeren Führungsrolle des Staates rief. Der ehemalige Bundesverfassungsgerichtspräsident Dr. Gebhard Müller skizzierte drei Gründe für die — nach seiner Meinung — „Aushöhlung des Grundgesetzes“. An erster Stelle nannte er die Mißachtung von Gesetzeswidrigkeiten. Er monierte, daß die Gerichte oft nicht hart genug innerhalb des möglichen Rahmens durchgreifen würden. Müller bemängelte die häufig rein soziologische Betrachtungsweise von Gewalttaten und das Beiseitelassen von sittlichen oder moralischen Aspekten. „Die Menschenwürde — Artikel 1 Grundgesetz — wird in den Schmutz getreten“, beklagte der angesehene Jurist. Müller bedauerte, daß sich in der Bundesrepublik das Leistungsprinzip nicht mehr durchsetze — auch in den Schulen. Diejenigen, die sich in Beruf und Ausbildung als tüchtig erweisen könnten und würden, die neigten nämlich nicht zum Radikalismus.

Mit deklamatorischen Äußerungen am ersten Tag wurde versucht, das Problembewußtsein zu wecken, um dann von der Diagnose zur Therapie zu gelangen. Lösungsvorschläge waren Mangelware; das bestätigte eigentlich nur den Sinn dieser Tagungsserie. Wenn ein solches Unternehmen auf längere Frist angesetzt ist — im Herbst wird es bereits wieder zu einer Veranstaltung dieser für mehrere Jahre projektierten Reihe kommen —, dann ist schlechterdings nicht zu erwarten, daß Rezepte bereits jetzt geliefert werden sollen, wahrscheinlich noch nicht einmal dürfen. Eine Resolution am Beginn der „Bitburger Gespräche“ hätte den Odem von Selbstherrlichkeit oder auch Überheblichkeit getragen. Hier wurde eben keine Aktion „Rettet die Demokratie“ begründet, die

einen dramatischen Paukenschlag am Anfang erforderlich gemacht hätte; auch wenn der ehemalige Bundestagspräsident Professor Gerstenmaier warnend die Meinung äußerte, daß es im Westen starke Kräfte mit sozialistischen Zielvorstellungen gebe, denen ein hoher Annäherungseffekt zum Kommunismus innewohne.

Die „Bitburger Gespräche“ zeichneten sich durch profunde Fachkenntnis der Teilnehmer und durch deren weitgehend konservative Denkweise aus. Es mag an der Zusammensetzung des qualitativ hochstehenden Diskussionskreises gelegen haben, daß über weite Strecken zu idealistisch debattiert wurde, allerdings immer vor dem Hintergrund, daß die Bundesrepublik mehr bewußte, mündige Staatsbürger benötigt, um die Stunde der Bewährung zu bestehen, die noch nicht geschlagen habe. Der „Wunsch-Bundesrepublikaner“ ist der „kritisch-loyale Bürger“.

Das weitgesteckte Ziel zu erreichen, ist das Bestreben dieses Kreises, der zwar auf Selbstdarstellung keinen sehr großen Wert legt, der sich indes hauptsächlich anschickt, Denkanstöße zu vermitteln. Wenn dazu ein Forum von Juristen in der Lage ist, dann mag das viele verwundern und gleichzeitig zum Respekt veranlassen.

(Südwestfunk, Baden-Baden — 29. Mai 1972)